

R2b: Solidarität mit dem am 23. Juni streikenden CHUV-Personals!

Gegenresolution zu R2a der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung vom 19. Juni 2021 in Wettingen

Das Personal des CHUVs ist mit immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen konfrontiert. Darüber hinaus hat die anhaltende Gesundheitskrise deutlich gemacht, dass es einen ernstzunehmenden Personalmangel gibt. Bereits im Oktober 2020 hat die CHUV-Belegschaft auf einer Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, in der sie den Regierungsrat Waadt auffordert, Verhandlungen über eine Reihe von Forderungen aufzunehmen:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Aufstockung des Personals und Gewährleistung einer besseren Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben.
- Um einen Prozess der Gehaltsaufwertung für bestimmte Funktionen einzuleiten.
- Gewährung einer COVID-Prämie als Anerkennung für die Mühen und Risiken, die von den verschiedenen Mitarbeitendenkategorien gemacht wurden und für das Personal, das auch heute noch stark engagiert ist.
- Schnelles ergreifen effektiver Massnahmen, um zu verhindern, dass das Personal im Falle einer neuen COVID-19-Welle, wie es bei der ersten Welle der Fall war, unter Notfallbedingungen ohne angemessene Sicherheitsmassnahmen arbeiten muss.

Bis auf die Einführung einer Covid-Prämie wurde keine dieser Forderungen akzeptiert. Insbesondere unternahm der Staatsrat keine zusätzlichen Anstrengungen, um ausreichend Personal im CHUV einzustellen, obwohl dies die zentrale Forderung des Personals war. Auch die vom Kanton freigegebene Covid-Prämie von 900 CHF kam nicht allen Mitarbeitenden zugute. Nur jenes Personal, welches auch während der zweiten Coronawelle aktiv war, wurde vergütet. Diejenigen, die während der ersten Welle im Einsatz standen, erhielten keine Prämien.

Die Verhandlungen sind also festgefahren, obwohl das Personal erschöpft ist. So erklärt sich auch, dass die Abwesenheitsquote in bestimmten Abteilungen bis zu 20 % oder sogar 30 % betragen kann. In diesem Zusammenhang hat die Belegschaft des CHUV in ihrer Generalversammlung vom 25. Mai beschlossen, am 23. Juni in den Streik zu treten, um die Regierung zu zwingen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und auf ihre Forderungen einzugehen. Da die Schlichtungsstelle des Kantons Waadt einen Schlichtungsbeschluss erlassen hat, ist der Streik legal. Am Abend des 23. Juni findet auch eine Demonstration statt.

In diesem Zusammenhang soll die JUSO Schweiz:

- öffentlich ihre Solidarität mit den Streikenden des CHUV und ihren Forderungen formulieren
- die Mitglieder auffordern, an der Demonstration am 23. Juni in Lausanne teilzunehmen
- zu Kundgebungen und Solidaritätsaktionen mit dem CHUV Personal in der ganzen Schweiz aufrufen

Der Fall des CHUVs stellt keine Ausnahme dar. In der ganzen Schweiz wüten Budgetkürzungen im Gesundheitssektor und die Beschäftigten im Gesundheitswesen stehen unter Druck. Das ist der Grund, warum die JUSO:

- Weiter gegen den Pflegenotstand, gemäß dem auf der Hauptversammlung 2021 gefassten Beschluss «Kampf gegen den Pflegenotstand», kämpft
- die Forderungen der streikenden CHUV-Mitarbeitenden in die öffentliche Debatte einbringt, d.h. die Verbesserung ihrer Arbeits- und Gehaltsbedingungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-Krise fordert
- Mitglieder auffordert, sich aktiv in den Gewerkschaften zu engagieren und eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, wie die des CHUV-Personals, unterstützt
- die Gewerkschaften bei der Ausweitung der vom CHUV-Personal entwickelten Forderungen auf andere Krankenhäuser und allgemeiner auf andere Sektoren, die mit Abbaumassnahmen konfrontiert sind, unterstützt

Kämpfen wir gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und ausreichend Personal, im CHUV und anderswo. Gesundheit muss jederzeit über Profit stehen!

Empfehlung der Geschäftsleitung: annehmen.